
Die zweite Revolution der Demokratisierung des Wissens

Für ein neues Alexandria und ein reformiertes Urheberrecht

Lisbet Rausing

Ich plädiere dafür, akademische Forschung frei zugänglich zu machen. Meine These ist: Steuerfinanzierte und universitäre Forschung sollte allen zur Verfügung stehen, überall auf der Welt, im Internet, ohne Kosten. Es ist ein Skandal, dass die Allgemeinheit keinen Zugang zu den akademischen Forschungsergebnissen hat, für die sie bezahlt hat, entweder direkt durch das Zahlen von Steuern oder indirekt durch die gewährten Steuerbefreiungen. In ganz Europa und in den USA wird dadurch öffentliches Gut tagtäglich in Privatbesitz überführt.

Das Urheberrecht muss reformiert werden

Die meisten Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit – Zeitschriftenbeiträge, Dissertationen, Magisterarbeiten, wissenschaftliche Monographien und Ähnliches – unterliegen dem Urheberrecht, üblicherweise so lange, wie der Autor lebt, plus weitere 70 Jahre. Das ist kein Urheberrecht, an dem die Autoren viel oder überhaupt etwas verdienen. Wissenschaftler veröffentlichen aus berufsbedingter Notwendigkeit und um der Menschheit zu dienen. Normalerweise arbeiten sie als Angestellte im öffentlichen Dienst. Sie werden selten direkt für ihr Schreiben bezahlt. Ihre Einkünfte durch das Urheberrecht sind marginal. Dazu sind die meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen schnell vergriffen. Aber selbst dann, oder wenn der Eigentümer der Urheberrechte unbekannt ist, dürfen diese Texte nicht kopiert oder in eine digitale Bibliothek eingestellt werden.

Wer die Forschungsergebnisse meiner Wissenschaftlergeneration lesen will und nicht in der Nähe einer großen Universitätsbibliothek lebt – und von denen gibt es in den USA nur ein paar Dutzend, in Europa nur eine Handvoll und in Südamerika, Asien oder Afrika keine einzige, – muss, vorausgesetzt, wir werden 80 oder 90 Jahre alt, nach den gegenwärtigen Gesetzen bis etwa 2120 warten, also ungefähr 110 oder 120 Jahre.

Es geht also um Forschungsergebnisse, für welche die Steuerzahler bereits bezahlt haben. Und das eigentlich sogar schon zweimal, einmal für ihre Ermöglichung in den Universitäten und einmal dafür, dass die Universitätsbibliotheken sie von privaten Verlegern zurückkaufen konnten.

Die universitär arbeitenden Autoren geben ihre Arbeiten kostenlos an die Verleger. Andere Wissenschaftlerkollegen rezensieren diese gratis. Dann verschließen die Verleger diese öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Ergebnisse in einem etwa 150 Jahre alten Urheberrecht und verkaufen sie zu stark überhöhten Preisen zurück an die Universitäten. Hier gesellt sich zur Ungerechtigkeit die Beleidigung: Steuerzahler und die Öffentlichkeit haben nicht einmal Zugang zu »verwaisten« Texten, bei denen die Urheberschaft unbekannt oder unklar ist. Mindestens ein Drittel aller Veröffentlichungen sind solcherart »verwaist«, und werden rechtlich der Öffentlichkeit vorenthalten. Es ist illegal, sie ins Internet zu stellen, zu kopieren oder zu drucken.

Wissenschaftler und Bibliothekare überall in der westlichen Welt stimmen darin überein, dass das Urheberrecht reformiert werden muss. Zunächst sollte es sehr viel knapper gefasst werden. Warum wird es nicht als während der Lebenszeit des Verfassers erneuerbar gestaltet? – etwa um die Autoren von Groschenheften und populärwissenschaftlichen Texten zu schützen, und dies nur, wenn der Autor nachweisen kann, dass er durch die Veröffentlichung ein jährliches Einkommen von sagen wir 1.000 Euro erwirtschaftet?

Außerdem sollte das Urheberrecht auf Einwilligung beruhen, nicht auf dem Ablehnungsprinzip. Der Urheber sollte sein Recht geltend machen müssen. Gegenwärtig muss er ausdrücklich darauf verzichten. Zudem sollte das Urheberrecht nicht bei öffentlich finanzierter Wissenschaft greifen, mit Ausnahme von industrieller und technischer Forschung, die von Industriebetrieben und staatlichen oder militärischen Einrichtungen in Auftrag gegeben und finanziert wurde. Und schließlich sollten die europäischen Regeln zum fairen Gebrauch von urheberrechtlich geschütztem Material geändert werden. Der britische Premierminister David Cameron hat zurecht darauf hingewiesen, dass Google in Großbritannien nicht hätte gegründet werden können.

Anders gesagt: Wir sind wieder einmal im Jahr 1848 angekommen. Wir müssen die Handwerkergehilfen und Getreidezollgesetze des Urheberrechts abschaffen – die restriktiven juristischen Praktiken, die

Dr. Lisbet Rausing ist Forschungsbeauftragte am Imperial College's Centre for the History of Science, Technology and Medicine, London.



das Interesse des Urhebers über das der Öffentlichkeit stellen, Wissen verschließen, soziale Ungerechtigkeit fortschreiben und Nicht-Transparenz und Unberechenbarkeit im öffentlichen Bereich unterstützen. Wir brauchen ein liberales, rationales Urheberrecht. Wir brauchen, wie 1848, einen »Frühling der Völker«.

Für ein neues Alexandria

Wir könnten, wären die rechtlichen Probleme des Urheberrechts endlich überwunden, ein neues Alexandria gründen, eine universale und frei zugängliche digitale Bibliothek. Praktische Probleme gibt es nicht, eine solche Bibliothek zu errichten, weder technischer noch finanzieller Art. Es ist, unter den gegenwärtigen Gesetzen, nur einfach illegal.

Würden Europas Beamte und Politiker das Urheberrecht reformieren, könnte die EU eine globale, frei zugängliche Bibliothek im Internet schaffen. Das ist technisch machbar, und die Kosten wären unbedeutend im Vergleich zur sonstigen öffentlichen Grundversorgung. Im Gegenteil: Im Vergleich mit den existierenden Modellen könnten erheblich Kosten für den öffentlichen Sektor eingespart werden.

Was sollte sich in dieser neuen Bibliothek von Alexandria befinden? Kein kurzlebiger Schund. Diese Bibliothek sollte sich auf Qualität konzentrieren, auf Grundlagenliteratur und auf wissenschaftliche Forschung. Das ist ein Kompliment an das Internet, nicht seine Kopie.

Neben den überlieferten Texten und Literaturen des Westens – unser Erbe, unsere Autoren und Philosophen – sollten wir unsere Wissenschaft einbringen. Am wichtigsten sind die Fachgebiete, die auch Laien verständlich sind, also die Geistes- und Sozialwissenschaften, wie sie sich in wissenschaftlichen Monographien, annotierten Übersetzungen und Editionen von Quellen, Dissertationen, Masterarbeiten, wissenschaftlichen Datenbanken, elektronischen Sammlungen und renommierten Zeitschriftenartikel-Sammlungen wie beispielsweise J-STOR präsentieren. Wir sollten klare, sichere Mechanismen für den Fortgang wissenschaftlicher Forschung besitzen, zum Beispiel in Bibliotheksarchiven, nach dem Modell des »Office of Scholarly Communications« der Harvard Universität. Ebenso erforderlich wären neben dem Textkorpus des zwanzigsten Jahrhunderts auch zentrale Nachschlagewerke und die Bestandsverzeichnisse der nationalen und regionalen europäischen Archive. Auch die wichtigen europäischen Primärquellen sollten vorhanden sein, etwa Parlamentsakten, demographische Daten, Kirchenregister und Zeitungssammlungen.

Diese Bibliothek von Alexandria muss klar und einfach strukturiert sein, anglophone neben regionalen Sprachen bieten und durch seriöse nationale Institutionen im Rahmen eines Konsortiums gesichert, archiviert und kuratiert werden. Zusätzlich muss der Bestand per freier Suche recherchierbar

und datentechnisch so strukturiert sein, dass er problemlos ins Internet und dessen Suchmaschinen integrierbar ist.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Westens dürfen nicht (ver-)käuflich sein. Sie sind Teil unseres offenen, demokratischen und gleichberechtigten Dialogs mit der Welt und ihren Menschen. Dies ist allerdings keine Frage von Großzügigkeit oder Wohltätigkeit. Für Europa ist das eine Win-win-Situation. Wenn Qualitätsstandards gesichert sind, erreichen frei zugängliche Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften eine vergleichsweise weit höhere Menge

an Zitierungen. Die Universitäten, die frei zugängliche Archive bieten, erzielen hervorragende Ergebnisse in Universitäts-Rankings. Die Southampton University in

England ist hierfür ein Beispiel. Ein freier Zugang würde Europas Ansehen weltweit stärken und unsere eigenen Forschungsmöglichkeiten verbessern.

Nach Stand der Dinge haben wir uns gegenwärtig kollektiv damit abgefunden, wissenschaftliche Forschungsergebnisse wegzusperren mit der Folge, dass die Bürger diese weder in privatem Rahmen noch als Mitglieder von NGOs, als Geschäftsleute oder als Mitarbeiter staatlicher Stellen nutzen können. Nur ein kleiner Teil der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse liegt gedruckt vor und kann erworben werden. In Großbritannien beinhalten die rigiden Lizenzbestimmungen der Verlage, dass kleine und mittlere Unternehmen die Bibliotheken ihrer örtlichen Universitäten nicht nutzen dürfen. Diese Unternehmen können sich wiederum die Abonnement-Kosten der entsprechenden Zeitschriften nicht leisten, die auf »feste« Kunden, die keine Alternative haben, nämlich die Universitätsbibliotheken, ausgerichtet sind. Untersuchungen der Europäischen Kommission haben ergeben, dass Universitäten und Forschungsinstitute auf der Liste der Partner von kleineren europäischen Unternehmen beim Bemühen um Innovationen ganz unten platziert sind.

Die englische Regierung hat berechnet, dass Großbritannien etwa 400 Millionen Pfund jährlich sparen würde, wenn wissenschaftliche Forschungsergebnisse frei zugänglich wären – und zusätzlich noch von besser informierten Unternehmen und dort Beschäftigten profitieren würde.

Andere Verluste sind immateriell, diffus und schwer zu quantifizieren. Wir wissen aber, dass Mönche, Pfarrer, Priester und kirchliche Laien sich die digitalisierte Sammlung christlicher Kunst nicht

Die universitär arbeitenden Autoren geben ihre Arbeiten kostenlos an die Verleger. Dann verschließen die Verleger diese öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Ergebnisse in einem etwa 150 Jahre alten Urheberrecht und verkaufen sie zu stark überhöhten Preisen zurück an die Universitäten.

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Vortrags auf dem 6. Kulturpolitischen Bundeskongress »netz.macht.kultur« am 10. Juni 2011 in Berlin. Eine ausführlichere Fassung erscheint im Jahrbuch für Kulturpolitik 2011.



Für das Panel »Digitale Zugänge zum Wissen der Welt. Wie sieht die Bibliothek der Zukunft aus?« hielt Lisbet Rausing (r.) den einleitenden Vortrag. Mit auf dem Podium (v.l.) Matthias Schindler, Ulrich Johannes Schneider, Sigrid Brinkmann (Mod.) und Joachim Köhler.

anschauen können. Kuratoren und Museumsbesucher können ältere Ausgaben von Zeitschriften zur Kunstgeschichte nicht durcharbeiten. Lehrer haben keinen Zugriff auf die aktuellen Ergebnisse ihrer Fachgebiete. Rentner können die Geschichte ihres Ortes oder ihrer Familie nicht recherchieren. Offiziere können die Kriegs- und Diplomatiegeschichte nicht nachlesen. Journalisten, Beamte und Politiker haben keinen Zugang zu den aktuellen Erkenntnissen der Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft.

Wissen qualifizieren und frei zugänglich machen
Öffentliche Debatten, Wahlen und die öffentliche Entscheidungsfindung würden gelassener und gemäßiger stattfinden, wenn wissenschaftliche Zeitschriften, Monographien, Nachschlagewerke und Datenbanken öffentlich zugänglich wären. Was könnte denn schlimmstenfalls passieren? Was könnte der Grund sein, es nicht zu versuchen?

Die erste Vorlesung, die ein Harvard-Student hört, wenn er sein Studium beginnt, heißt »Schreiben mit und nach Quellen« oder Quellenkunde. Doch sollten nicht alle Bürger, und nicht nur Studenten, das Ziel verfolgen, in die Lage versetzt zu werden, »nach Quellen zu schreiben«, das heißt fähig zu sein, quellenkritische Forschung zu betreiben? Bei wie vielen Wikipedia-Artikeln heißt es nicht unten: »Dieser Artikel ist nicht hinreichend mit Belegen ausgestattet«. Aber wie sollen die Laienmitarbeiter ihren Beiträgen diese Belege hinzufügen, wenn J-STOR, die führende Datenbank der englischsprachigen Zeitschriften für Human- und Sozialwissenschaften, nur Akademikern offensteht, wie auch bei fast allen anderen wissenschaftlichen Datenbanken, Zeitschriften, Dissertationen und Monographien?

Seitdem die historisch-kritische Methode der Quellenforschung eingeführt wurde, haben wir im Westen

die Geistes- und Sozialwissenschaften »Stein für Stein« aufgebaut. Heute riskieren wir, dass diese kostbare Tapiserie verknüpften Wissens sich auflöst und in Vergessenheit gerät, weil das Internet mittlerweile de facto zum Nachschlagewerk für die Normalbürger wie für die Gebildeten wird.

Die Wissensvermittler und das »Bildungsbürgertum« müssen Verantwortung übernehmen, über den Staatsapparat oder über unsere Universitäten, um sicherzustellen, dass öffentlich begründetes, quellenkritisches Wissen, verifiziert durch Gutachten, akademische Debatten und fortwährende wissenschaftliche Forschung, digital frei zugänglich wird.

Wenn das geschieht, wird das Internet »sich selber schreiben«, ohne den kritischen akademischen Apparat, der Grundstein für eine zivilisierte und säkulare Gesellschaft ist.

Das heißt, »freier Zugang« hat nichts mit allmählichem Durchsickern zu tun. Es handelt sich nicht um eine Einbahnstraße. Wenn wissenschaftliche Daten frei zugänglich wären, würden sich Bürger in vernetzte Gelehrte verwandeln, die in der Lage sind, ein recherchierbares, wissenschaftliches Internet zu erkunden, Informationen zu verifizieren, Daten miteinander zu verknüpfen, Primärquellen zu untersuchen und ihre Texte mit Fußnoten zu versehen. Der wissenschaftliche Apparat würde demokratisiert; das demokratische Internet würde wissenschaftlich.

Die Alternative ist nicht der stille, respektvolle Laie, der die Prüfmethode des Wissens zulässt, und die daraus resultierende Wissensautorität, die das Monopol ein paar privilegierter Insider oder des »Bildungsbürgertums« ist. Die Menschen werden nicht respektvoll auf die »durchsickernde« Information warten – genauso wie ihre Vorläufer im 16. Jahrhundert nicht mehr still und ergeben den lateinischen Messen des katholischen Klerus zuhören wollten.

Sie begannen die protestantische Reformation, deren zentrale Idee das unveräußerliche Recht aller Menschen und aller Stände war, die primären Quellen der christlichen Religion zu überprüfen, so auch die Bibel. Und es waren die Druckerpressen – eine technologische Revolution, die zahllose und somit unzensurable Drucke und Flugschriften erlaubte –, die es ermöglichten, dass trotz der Bemühungen der Klerikalhierarchie halb Europa der katholischen Kirche verlorenging.

Eine zweite Revolution der Demokratisierung des Wissens

Die heutige Druckerpresse ist das Internet. Und auf eine ähnliche Weise gleicht die digitale Revolution dem seinerzeit aufkommenden Protestantismus. Auf

dem radikalen Flügel ist sie eine Rebellion gegen die wahrgenommene Autorität, seien das die Urheberrechtsgesetze oder der verkrustete Wissenschaftsbetrieb. Das Flaggschiff der englischsprachigen Zeitschriftendatenbanken, J-STOR, steht nur universitären Nutzern offen. Seine jährliche Anzahl an abgewiesenen Anfragen, also von Nicht-Wissenschaftlern, denen der Zugriff verweigert wird, geht in die Millionen. Kein Wunder, dass die Tauschbörsennutzer des »Open-Knowledge-Movements« sich manchmal in ein modernes Äquivalent der Wiedertäufer im Münster des 16. Jahrhunderts radikalisierten mit der entsprechenden Einstellung gegenüber »weltlichen Gesetzen«.

Es fällt leicht, mit der treibenden Kraft dieses radikalen Flügels zu sympathisieren: Wissen suchen, Wissen demokratisieren. Wer würde Experimenten, Beobachtungen oder religiösen Offenbarungen widerstehen, die jederzeit verfügbar sind – von allen, für alle? Wer würde nicht das daraus resultierende Kreuzverhör der Wissensvermittler feiern – der Doktoren, Wirtschaftsbosse, Beamten und Professoren?

All dies geschieht in schwindelerregender Geschwindigkeit. Noch 1994 konnte in einer englischen Fernseh-Quizsendung ein ahnungsloser Teilnehmer gefragt werden: »Was ist das Internet?« Jetzt, weniger als zwanzig Jahre später, während die bereits geringen Kosten für Information gegen Null tendieren, wird mehr und mehr eine Kaskade von Standpunkten, Meinungen und Ideen verbreitet. Die protestantischen Revolutionen des 16. Jahrhunderts verbannten das Interpretationsmonopol der Wissensvermittler, des katholischen Klerus. Heute zerbröseln das Interpretationsmonopol des »Bildungsbürgertums« gleichermaßen. Wer überprüft die Diagnose seines Arztes nicht anschließend im Internet?

Wie im 16. wird im 21. Jahrhundert Wissen allgemein und populär: Ansteller eines esoterischen, spezialisierten und organisierten Bildungselite können alle Bürger – Frauen und Männer, Arme und Reiche, Ausgebildete und Unwissende, die gesamte Gesellschaft eben – die Welt individuell erfahren und interpretieren.

Lassen Sie uns diese Re-Inszenierung der protestantischen Revolution feiern. Diktaturen zerfallen: Eine neue Facebook-Generation führt die demokratische Revolution an. Aber lassen Sie uns in diesem glorreichen Chaos des Internet auch die Frage stellen, wie wir als Gesellschaft Wissen verifizieren.

Die Religionskriege und Glaubensspaltungen in der Frühen Moderne zeigen, dass Europa, abgesehen von der brutalen Gewalt der Kleinstaaten und der päpstlichen Inquisition, niemals Methoden entwickelt hat, um diese oder jene Bibelinterpretation zu belegen oder über eine andere zu stellen. Wieder und wieder erwachsen Volksbewegungen, die Of-

fenbarung über Autorität und die Gefühle der einfachen Menschen über das Dogma stellten: Denken Sie nur an die Welle von religiösem Mystizismus, die das Europa des 18. Jahrhunderts überschwemmte, etwa die Herz-Jesu-Verehrung, die chassidische Bewegung des Ba'al Schem Tow oder die protestantische Pietistenbewegung.

Derzeit durchleben wir eine zweite Revolution der Demokratisierung des Wissens. Wie werden wir die gesellschaftliche Autorität unserer Wissensgrundlagen legitimieren? Wie werden wir das Interpretationschaos des frühen modernen Europa vermeiden? Mein Vorschlag wäre, die »guten«, also die verifizierbaren, empirischen, quervernetzten Daten öffentlich zugänglich zu machen. Wenn wir das nicht tun, schaffen wir ein zweites Greshamsches Gesetz: Die schlechten Daten verdrängen die guten.

Während das Internet-Zeitalter die Druck-Ära im Bereich des quellenkritischen, belegten und überprüften Wissens verdrängt und weiteranbreiterkultureller Bedeu-

tung gewinnt, muss es sich quasi auf Augenhöhe mit der Flut von unverifizierten und unverifizierbaren »Erkenntnissen« des Internets auseinandersetzen. Wissenschaftliche Texte – erschlossen, überprüft, begutachtet und mit den Primärquellen abgeglichen – müssen für alle Bürger frei zugänglich sein.

Wie einleitend bemerkt, ist all dies eine Frage der Gerechtigkeit. Universitäre Forschung wird von den Steuerzahlern finanziert, durch Stipendien oder durch Steuervergünstigungen, und sie sollte nicht Eigentum privater Verleger sein. Und wenn wissenschaftliche Forschungsergebnisse im Internet nicht verfügbar sind, dann wird es zu einem allgemeinen Sammelsurium, zu versprengten Fragmenten ungeprüfter Behauptungen, wie verfasst von Isadore von Sevilla (560–636), Übersetzer im Spanien zur Zeit der Westgoten und Vorbote des »finsternen Mittelalters«. Seine Zusammenfassung des Universalwissens der Zeit, formuliert in holprigem Küchenlatein, schlechtem Griechisch und etwas Hebräisch, verband unkritisch Fragmente des klassischen antiken Wissens, eines Wissens, das heute wegen des »finsternen Mittelalters« verloren ist. Isadores Schriften wurden als Ersatz für dieses Wissen angesehen, daher stellten die Schreiber das Kopieren der antiken Klassiker ein. Ich denke, es sollte uns nachdenklich stimmen, dass 2003 Isadore von Sevilla, der Autor solch »Vermischter Schriften«, in Italien kurzzeitig als möglicher »Schutzpatron des Internets« erwogen wurde.

Die protestantischen Revolutionen des 16. Jahrhunderts verbannten das Interpretationsmonopol der Wissensvermittler, des katholischen Klerus. Heute zerbröseln das Interpretationsmonopol des »Bildungsbürgertums« gleichermaßen.